



## N i e d e r s c h r i f t

über die 15. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.07.2011

- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 17:06 Uhr  
Ende: 21:46 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Robert Helpenstell ab TOP ö 8  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Harald Schlee  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion Peto**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Torsten Kinzel  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Herr Andreas Piana  
Frau Lisa Riedel  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Michael Strauss  
Herr Jens Timmermann  
Herr Sven Timmermann

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alaattin Bayrak  
Herr Jens Geyer  
Herr Werner Goller  
Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen  
Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlößer ab TOP ö 8  
Herr Alexander Schumacher

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm Ausschließungsgründe angezeigt bei TOP ö 8 und  
ö 9  
Herr Dr. Norbert Stapper

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

### **Linke**

Herr Benjamin Daniel Kenzler

### **parteilos**

Frau Lilo Friedrich

### **Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

### **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Herr Manfred Hein  
Herr Max Herrmann  
Herr Kurt Hundenborn  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

### **Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Reinhard Ockel entschuldigt

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Dr. Doris Schröder-Weber entschuldigt

### **von der Verwaltung**

Frau Gisela Herforth entschuldigt

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 14. Sitzung des Rates vom 26.05.2011 - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner  
Die Sitzung wird sowohl in der Reihenfolge der Tagesordnung als auch um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit unterbrochen.
4. Information der IHK über die durchgeführte Händler- und Kundenbefragung  
Vortrag von Herrn Dr. Hardt, IHK Düsseldorf
5. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0628
6. Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale an die BSM - VIII/0620  
Satzung des VRS (Allgemeine Vorschrift gemäß § 11 a ÖPNVG NRW)
7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 125 M "Am Wald - VIII/0397  
Ost"  
- Behandlung der Anregungen  
- Beschluss des Durchführungsvertrages  
- Satzungsbeschluss
8. Aktualisierung der Maßnahmenliste zum Integriertem Handlungskonzept Innenstadt VIII/0603  
Anpassung der Prioritäten
9. Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" VIII/0626  
  
Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)  
Die Sitzung wird sowohl in der Reihenfolge der Tagesordnung als auch um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit unterbrochen.
10. Integriertes Klimaschutzkonzept für Monheim am Rhein VIII/0587
11. Auflösung der Anton-Schwarz-Schule, städtische Gemein- VIII/0582

schaftshauptschule

- |       |   |           |
|-------|---|-----------|
| 12.   | Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule (OGS)  | VIII/0570 |
| 13.   | Entwicklungsplanung städtische Kinderspielplätze 2011_2012  | VIII/0598 |
| 14.   | Anlassbezogene Schulentwicklungsplanung<br>- Elterninformationsabende im Zusammenhang mit einer Elternbefragung   | VIII/0557 |
| 15.   | Änderung der Satzung der Musikschule  | VIII/0605 |
| 16.   | Personelle Besetzung des Betriebsausschusses  | VIII/0609 |
| 17.   | Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien   | VIII/0630 |
| 18.   | Trägerschaft für das Projekt "Ulla-Hahn-Haus"   | VIII/0635 |
| 19.   | Mündliche Mitteilungen  |           |
| 19.1. | Mitteilung der Verwaltung zu Fragen der CDU-Fraktion  |           |
| 19.2. | Mitteilung zur Verschiebung der Sitzung des Integrationsausschusses   |           |
| 20.   | Mündliche Anfragen  |           |
| 20.1. | Anfrage des RH Helpenstell - CDU - zum Zeitplan der Elternbefragung   |           |
| 20.2. | Anfrage des Ratsherren Bosbach - CDU - zu Pflegearbeiten am Straßenbegleitgrün  |           |
| 20.3. | Anfrage des Ratsherren Schumacher - SPD - zum Linienplan der Linie 233 am Grevelhaus  |           |
| 20.4. | Anfrage des RATHERREN Schumacher - SPD - zu dem Wasserschaden im Gebäude der Hochschule für Unternehmensführung (HFU)                                       |           |
| 20.5. | Anfrage des Ratsherren Große-Allermann - PETO - zu den Pflastermarkierungen in der Altstadt im Zusammenhang mit dem Gänselieselmarkt                        |           |
| 20.6. | Anfrage der Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - zu dem den Gemeinden zugewiesenen Kostenanteil der Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II |           |
| 20.7. | Anfrage der Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - zu Einrichtung und Genehmigung von Bushaltestellen  |           |

- 20.8. Anfrage des Ratsherren Gunia - SPD - zur Erweiterung des Radweges Deichstraße/Klappertorstraße
- 20.9. Anfrage der Ratsfrau Schlößer - SPD - zu der Verringerung der Anzahl Selbständiger in Monheim am Rhein
- 20.10. Anfrage des Ratsherren Goller - SPD - zu dem Grundstück "Rheinanleger" im Bebauungsplangebiet 105 M
- 20.11. Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - zu der Verkehrssituation im Einmündungsbereich der Stichstraße zum Tennisverein und Schützenhaus auf die Straße Kielsgraben
- 20.12. Anfrage des Ratsherren Gronauer - CDU - zu dem Grundstück "Rheinanleger" im Bebauungsplangebiet 105 M
- 20.13. Anfrage des Ratsherren Poell - B90/Die Grünen - zu der nicht fertiggestellten Halle auf dem Gelände des RSV Reitsportvereins
- 20.14. Anfrage des Ratsherren Nieswand - SPD - zu der Verkehrssituation auf der Kurt-Schumacher-Straße im Einmündungsbereich der Zufahrt zum Mona Mare

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 15. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass folgende Ratsmitglieder entschuldigt fehlen: Frau Dr. Doris Schröder-Weber - FDP-Fraktion, Herr Reinhard Ockel - CDU-Fraktion. Frau Schlößer - SPD - und Herr Helpenstell - CDU nehmen verspätet an der Sitzung teil.

Der Bürgermeister weist auf die Erweiterungen der Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte hin:

TOP 4 „Information der IHK – Händler- und Kundenbefragung“, Vortrag von Herrn Dr. Hardt, IHK Düsseldorf

TOP 14 (neu) „Anlassbezogene Schulentwicklungsplanung – Elterninformations-

abende“, Vorlage VIII/0557

TOP 16 (alt ö 14) „Personelle Besetzung des Betriebsausschusses“,  
Vorlage VIII/0609

Die Unterlagen zu diesen Tagesordnungspunkten wurden den Ratsmitgliedern am 15.07.2011 per Post zugesandt.

Weiterhin bittet der Bürgermeister die Tagesordnung um die Vorlage „Trägerschaft für das Projekt „Ulla-Hahn-Haus“, Vorlage VIII/0635 als Tagesordnungspunkt 18 zu erweitern. Die Vorlage wurde den Ratsmitgliedern am 18.07.2011 in die Postfächer verteilt.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung mit den durch den Bürgermeister vorgetragenen Ergänzungen ergeben sich keine Bedenken.

**2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 14. Sitzung des Rates vom 26.05.2011 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner  
Die Sitzung wird sowohl in der Reihenfolge der Tagesordnung als auch um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit unterbrochen.**

Frau Tilkov, wohnhaft Friedhofstraße 23, äußert ihre Befürchtungen und die weiterer Anwohner der „unteren“ Friedhofstraße im Hinblick auf den geplanten Bypass vom Berliner Ring zur Erschließung der Südseite des Rathauscenters und der Schließung der Funktionslücke in der Fußgängerzone Heinestraße. Sie führt aus, dass sich der Bypass bzw. die Rampe zu einer Rennstrecke entwickeln könne. Die Planungen gingen zu Lasten der Anwohner.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich bei der im Rahmen der Maßnahmeliste zum Integrierten Handlungskonzept Innenstadt aufgeführten Maßnahmen noch um Vorüberlegungen handle und ein konkreter Baubeschluss noch nicht vorliege. Anschließend stellt er kurz die Vorplanungen hinsichtlich der Erschließung der Parkplätze hinter dem Rathauscenter vor und bekräftigt, dass die Belange der Anwohner bei den detaillierten Planungen berücksichtigt werden. Als ein Ziel, das mit der Erschließung der Parkplätze hinter der Heinestraße erreicht werden soll, nennt er langfristig die Ansiedlung attraktiver Geschäfte im Bereich der Fußgängerzone Heinestraße und des „Eierplatzes“.

**4 Information der IHK über die durchgeführte Händler- und Kundenbefragung  
Vortrag von Herrn Dr. Hardt, IHK Düsseldorf**

Auf Nachfrage des Sprechers der CDU-Fraktion, ob auch für den Stadtteil Baumberg vergleichbare Befragungen geplant seien, erklärt Herr Dr. Hardt, dass dies für das kommende Jahr vorstellbar sei und er diesen Hinweis gerne aufnehme.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Dr. Hardt für den Vortrag, der mit Interesse zur Kenntnis genommen worden wäre.

Hinweis zum Protokoll:

Die Power-Point-Präsentation der IHK Düsseldorf wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**5 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen**  
**Vorlage: VIII/0628**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion fragt nach dem Sachstand zu der Einwohnerfrage aus der letzten Sitzung des Rates bzgl. des LKW-Anlieferverkehrs vom Berliner Ring über den Heerweg zum Raiffeisenmarkt.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Frage erst nach objektiver Überprüfung der Verkehrssituation beantwortet werden könne. Dazu seien Daten auf Grundlage einer Verkehrsmessung nötig. Das bisher dazu von der Kreisverwaltung ausgeliehene Gerät könne erst wieder in einigen Wochen angefordert werden, da das Gerät gerade erst in Monheim am Rhein eingesetzt worden sei. Der Fragesteller werde nach Überprüfung über das Ergebnis informiert.

**Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

**6 Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale an die BSM - Satzung des VRS (Allgemeine Vorschrift gemäß § 11 a ÖPNVG NRW)**  
**Vorlage: VIII/0620**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die als Anlage beigelegte allgemeine Vorschrift zur Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale gemäß § 11 a Absatz 2 Satz 6 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) als Satzung.

**einstimmig zugestimmt**

**7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 125 M "Am Wald - Ost"**  
**- Behandlung der Anregungen**  
**- Beschluss des Durchführungsvertrages**

**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: VIII/0397**

**Beschluss**

1. Die Anregungen aus der ersten und zweiten Offenlage der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 14 und 24 zur Drucksache beschlossen.
2. Der Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 125 M „Am-Wald-Ost“ (Anlage 25 bis 27 zu dieser Vorlage) wird beschlossen.
3. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 125M „Am Wald-Ost“ wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

**einstimmig zugestimmt**

**8 Aktualisierung der Maßnahmenliste zum Integriertem Handlungskonzept  
Innenstadt  
Anpassung der Prioritäten  
Vorlage: VIII/0603**

Gegen den Vorschlag des Bürgermeisters, die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9 gemeinsam vorzunehmen, ergeben sich keine Bedenken.

Ratsfrau Andrea Stamm - Fraktion B90/Die Grünen - zeigt Ausschließungsgründe an und verlässt den Saal.

Sprecher der Fraktionen von CDU, SPD und FDP erklären, dass man der Nummer 1 der Beschlussempfehlung „Umgestaltung des Knotenpunktes Krischerstraße/Alte Schulstraße inkl. Eingang Rathaus und Vorplatz“ nicht in der vorgeschlagenen Fassung zustimmen könne. Man werde sich einer Umgestaltung des Knotenpunktes Krischerstraße/Alte Schulstraße und einer Anpassung des Rathausvorplatzes an den umgestalteten Busbahnhof nicht verschließen, doch könne man den Bürgern in Zeiten des Nothaushaltsrechtes einen Umbau des Rathauseingangs nicht vermitteln. Auch wenn die Stadt Monheim mit Mitteln aus dem bundesweiten Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ gefördert werde, heiße das nicht, dass die Mittel, bei denen es sich ebenfalls um Steuergelder handele, um jeden Preis verausgabt werden müssten.

Auch ein Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion den Argumenten der anderen Fraktionen beitreten und dem Umbau des Vorplatzes, in dem Umfang wie er in der Vorlage dargestellt wurde, nicht zugestimmt werden könne. Er könne sich vorstellen, heute der Prioritätenliste unter der Bedingung zuzustimmen, dass zwingend die konkreten Baubeschlüsse in den Fachausschüssen beraten werden müssten.

Der seitens der Verwaltung vorgetragenen Argumentation durch den Umbau des Eingangsbereiches des Rathauses das Dienstleistungsangebot des Bürgerbüros zu



erweitern und dafür sinnvoller Weise Fördermittel zu nutzen, wird von der überwiegenden Mehrheit der Ratsmitglieder kritisch betrachtet. Die Argumente könnten nicht nachvollzogen werden. Die Informationen kämen so kurzfristig und überraschend, dass man diese der heute zu treffenden Entscheidung nicht zugrunde legen könne. Es wird vor allem bemängelt, dass solch entscheidende Informationen nicht bereits im Vorfeld, z.B. spätestens im Interfraktionellen Gespräch, den Ratsfraktionen zur Kenntnis gebracht wurden. Dies erst im Verlauf der heutigen Beratung zu tun, sei nicht hinnehmbar. Der Hinweis des Bürgermeisters, dass sich durch die räumliche Bündelung von 7,5 Stellen eine Arbeitsoptimierung und damit Personalkosten einsparen ließen, die einen Großteil des Eigenanteils an der Umbaumaßnahme ausmachten, kann die Gegenredner nicht überzeugen.

Auch der von Sprechern der PETO-Fraktion während der kontrovers geführten Diskussion vorgetragene Klarstellung, dass es sich bei dem heutigen Beschluss nur um die Rangfolge eines Maßnahmenkataloges zur Fördermittelbeantragung handele und dass nicht die Umsetzung der Maßnahmen beschlossen werden sollten, folgen die anderen Fraktionen nicht. Sie halten dem entgegen, dass durch diesen Beschluss Signale gesetzt und Weichen gestellt würden, denen man, zumindest was den Umbau des Rathauseinganges angehe, auf keinen Fall zustimmen werde. Die Sprecherin der PETO-Fraktion unterstreicht, dass ihre Fraktion unbedingt befürworte, dass die Umsetzung der Maßnahmen durch konkrete Baubeschlüsse in den Fachausschüssen vorberaten werden solle. Um aber überhaupt in Zukunft in die Lage versetzt zu werden, über konkrete Planungen beraten und beschließen zu können, sei die Fördermittelanmeldung zwingend notwendig.

Im weiteren Verlauf der teilweise hitzig geführten Diskussion, in der die schlechte Informationspolitik der Verwaltung gerügt wird, wird durch den Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen, der eine weitgehende Einigkeit zwischen den Fraktionen sieht, vorgeschlagen, den Beschlussvorschlag so zu ergänzen, dass der Rat „vorbehaltlich weiterer Baubeschlüsse“ für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Handlungskonzept Innenstadt folgende Priorität beschließt. Außerdem sollen unter Nummer 1 des Beschlussvorschlages die Worte „Eingang Rathaus und“ gestrichen werden.

Im Laufe der fortgesetzten Diskussion stellt Ratsherr Goller - SPD - den Geschäftsordnungsantrag auf „Schluss der Rednerliste“. Der Bürgermeister gibt darauf hin bekannt, dass noch die Wortmeldung von Ratsherrn Risse - PETO - vorliegt.

Wortmeldungen für eine Pro- bzw. Gegenrede für den Geschäftsordnungsantrag liegen nicht vor.

#### **Abstimmungsergebnis über den Geschäftsordnungsantrag:**

einstimmig bei

1 Enthaltung (BM)

Nach dem Wortbeitrag von Ratsherrn Risse - PETO - stellt der Bürgermeister den **Verwaltungsvorschlag mit Ergänzung zur Abstimmung.**

Beschlussvorschlag: Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt **vorbehaltlich weiterer Baubeschlüsse** für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Hand-

lungskonzept Innenstadt folgende Priorität:  
(Hinweis zum Protokoll: die weitere Formulierung des Beschlussvorschlages bleibt unverändert.)

**Abstimmungsergebnis:**

25 Nein-Stimmen: 11 CDU, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Linke, 1 Frau Friedrich  
13 Ja-Stimmen: 12 PETO, 1 BM

**mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Fraktion B90/Die Grünen:**  
Beschlussvorschlag: Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt **vorbehaltlich weiterer Baubeschlüsse** für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Handlungskonzept Innenstadt folgende Priorität:

1. Umgestaltung des Knotenpunktes Krischerstraße/Alte Schulstraße inkl. **(die Worte „Eingang Rathaus und“ werden gestrichen)** Vorplatz  
(Hinweis zum Protokoll: die weitere Formulierung des Beschlussvorschlages bleibt unverändert.)

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt vorbehaltlich weiterer Baubeschlüsse für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Handlungskonzept Innenstadt folgende Priorität:

1. Umgestaltung des Knotenpunktes Krischerstraße/Alte Schulstraße inkl. Vorplatz
2. Wettbewerb zur Umgestaltung der Krischerstraße
3. Wettbewerb zur Umgestaltung des Stadteingangs Rheinpromenade/Krischerstraße
4. Funktionsspielplatz
5. Umgestaltung Landschaftspark
6. Optimierung Querung Altstadt - Landschaftspark
7. Bypass zur Erschließung und Belebung der Südseite des Rathauscenters
8. Schließung der Funktionslücke in der Fußgängerzone Heinestraße (Menk)
9. Umgestaltung Krischerstraße
10. Erstellung eines Konzeptes oder Durchführung eines Wettbewerbes zur Aufwertung innerstädtischer Plätze ( Altstadt, Kradepohl)
11. Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Kradepohl
12. Aufwertung des Innenstadteinganges Opladener Straße

Die Maßnahmen Nr. 1 – 4 werden für das Programmjahr 2011 zur Förderung angemeldet.

Die Vorlage wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 8 behandelt.

**Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)**  
**Die Sitzung wird sowohl in der Reihenfolge der Tagesordnung als auch um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit unterbrochen.**

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Die Sitzung wird für eine Pause bis 19:17 Uhr unterbrochen.

**10 Integriertes Klimaschutzkonzept für Monheim am Rhein**  
**Vorlage: VIII/0587**

Ein Sprecher der FDP-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag aus Kostengründen nicht zustimmen werde.

Redner der Fraktionen von B90/Die Grünen, PETO und SPD stellen fest und halten dem Vorredner entgegen, dass die Bedeutung des Klimaschutzes hohen Wert habe. Die Erstellung eines speziell auf die Bedürfnisse der Stadt Monheim am Rhein erstellten Klimaschutzkonzeptes sei durch die Mitarbeiter der Verwaltung nicht zu leisten. Dafür sei die Unterstützung externer Fachleute erforderlich. Die Auftragserteilung dürfe erst erfolgen, wenn der erforderliche Eigenanteil gesichert sei. Dies sagt die Verwaltung unter Hinweis auf Punkt 1 der Beschlussempfehlung zu.

**Beschluss**

- 1) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, ein integriertes Klimaschutzkonzept unter Hinzuziehung der notwendigen externen Fachbüros zu entwickeln, sofern die in Aussicht gestellte Förderung der Konzepterstellung erfolgt und der aufzubringende Eigenanteil gesichert ist.
- 2) Nach Abschluss und Auswertung der Ausschreibung berichtet die Verwaltung und legt dem Rat das Ergebnis zur weiteren Entscheidung vor.

**mehrheitlich zugestimmt**

**Ja 37 Nein 1 Enthaltung 1**

**11 Auflösung der Anton-Schwarz-Schule, städtische Gemeinschaftshauptschule**  
**Vorlage: VIII/0582**

**Beschluss**

1. Die städtische Gemeinschaftshauptschule Anton-Schwarz-Schule wird beginnend ab dem Schuljahr 2011 / 2012 sukzessive aufgelöst.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Basis des beigelegten Entwurfes, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld zu schließen.

**einstimmig zugestimmt**

**12            Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule (OGS)  
Vorlage: VIII/0570**

**Beschluss**

1. Die Entwicklungsplanung für die Schuljahre 2011/2012 bis 2013/2014 wird - unter der Voraussetzung, dass
  - a) das Land Nordrhein-Westfalen sich mindestens im bisher festgeschriebenen Umfang an den Kosten der OGS beteiligt und
  - b) die dafür erforderlichen Investitionsauszahlungen im Teilfinanzplan B veranschlagt sind und die Investitionsdringlichkeitsliste für das jeweilige Haushaltsjahr durch die Aufsichtsbehörde genehmigt ist - in der vorliegenden Form verabschiedet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die OGS Gruppen analog der vorliegenden Planung in folgenden Schritten auszubauen:
  - Schuljahr 2012/2013 – bis zu 675 Plätze
  - Schuljahr 2013/2014 – bis zu 750 Plätze
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Abschluss der jährlichen Anmeldeverfahren über die Entwicklungen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

**einstimmig zugestimmt**

**13            Entwicklungsplanung städtische Kinderspielplätze 2011\_2012  
Vorlage: VIII/0598**

**Beschluss**

Die vorgelegte Entwicklungsplanung 2011/2012 für die städtischen Kinderspielplätze soll gemäß der Sachdarstellung der Verwaltung umgesetzt werden.

**einstimmig zugestimmt**

**14            Anlassbezogene Schulentwicklungsplanung  
- Elterninformationsabende im Zusammenhang mit einer Elternbefragung  
Vorlage: VIII/0557**

Der Bürgermeister erläutert ausführlich das Eckpunktepapier der Landtagsfraktio-

nen „Schulpolitischer Konsens für das Land Nordrhein-Westfalen vom 19.07.2011“, das den Ratsmitgliedern auf die Plätze verteilt wurde und weist darauf hin, dass der im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport gefasste Beschluss bestehen bleiben könne und nur eine redaktionelle Änderung erforderlich sei. Das Wort „Gemeinschaftsschule“ müsse durch „Sekundarschule“ ersetzt werden. Die Sekundarschule umfasse die Jahrgänge fünf bis zehn und biete keine eigene Oberstufe an. Das entspräche genau dem, was mit der Gemeinschaftsschule geplant war. Er weist noch darauf hin, dass nach der Sommerpause das Ergebnis der Elternbefragung im Rat vorgestellt werden solle.

Im Anschluss an die Erklärungen des Bürgermeisters entbrennt im Anschluss eine heftig geführte Grundsatzdiskussion.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion erklärt, dass man dem Grunde nach die Position der Verwaltung teile, dass man aber nicht der Meinung sei, dass unbedingt das Otto-Hahn-Gymnasium (OHG) Kooperationspartner einer Sekundarschule werden müsse. Dass der Bürgermeister so eindeutig erkläre, dass immer geplant gewesen sei aus räumlichen und sachlichen Gründen nur das OHG als Kooperationspartner anbiete, sehe seine Fraktion nicht. In der Beratung des Fachausschusses habe die Gesamtschule auch ihre Kooperationsbereitschaft zur Einrichtung einer gemeinsamen Oberstufe mit der Gemeinschafts- jetzt Sekundarschule signalisiert. Zu diesem Thema seien noch intensive Sachdiskussionen in den Gremien erforderlich, um danach erst die endgültige Entscheidung treffen zu können. Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion eine Kooperation mit dem OHG favorisiere. Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass auch seine Fraktion die Frage nach einer Kooperation für die Oberstufe noch nicht als geklärt ansehe. Durch die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen wird angeregt, eine Kooperation mit den Oberstufen-Leistungskursen aller weiterführenden Schulen zu vereinbaren und sich nicht nur auf eine Schule festzulegen. Hierzu gibt ein Sprecher der PETO-Fraktion den Hinweis, auch die Oberstufe des Berufskollegs bei der Auswahl eines Kooperationspartners nicht außer Acht zu lassen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion weiter an ihrem Vorhaben festhalte, die Realschule zu erhalten und damit das für Monheim bestehende intakte Schulsystem. Unter Hinweis auf Punkt 6 des Konsenspapiers führt er aus, dass seine Fraktion für Monheim nicht das Bedürfnis für die Einrichtung einer Sekundarschule sehe. Außerdem halte seine Fraktion weiterhin drei Informationsveranstaltungen für die Eltern erforderlich. Durch den Schulkonsens sehe man den Zeitdruck auch nicht mehr. Gerade wegen des Konsenses seien jetzt zusätzliche Informationen für die Eltern notwendig.

In einer ausführlichen Sachdarstellung begründet die Verwaltung den vorgesehenen Zeitplan. Sie weist ergänzend darauf hin, dass durch den Wegfall des Verfassungsrangs der Hauptschulen die Notwendigkeit einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld entfalle.

Auf die im weiteren Verlauf der Debatte vorgetragenen Vorhaltungen der CDU-Fraktion, warum die Peter-Ustinov-Gesamtschule (PUG) keine Schüler der aufgelösten Hauptschule aufnehmen würde, führt die Sprecherin der PETO aus und weist auf entsprechende gesetzliche Verordnungen hin, deren Kriterien zu beach-

ten seien und die die Aufnahme dieser Schüler nicht zulasse. Ihre Fraktion sehe die klare Notwendigkeit das Schulsystem in Monheim zu modifizieren. Durch die Auflösung der Hauptschule würde sich die Schülerschaft an der Realschule ändern. Ihre Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Aufgrund eines Zwischenrufes mit den Worten „Ist ja gut, Mädchen“ aus den Reihen der CDU-Fraktion, ruft der Bürgermeister zu einer sachlichen Diskussion auf.

Im weiteren Verlauf stellt Ratscherr Dr. Stapper - B90/Die Grünen - den Geschäftsordnungsantrag auf „Schluss der Aussprache“. Die Wortbeiträge glichen den vorangegangenen Diskussionen der Fachausschüsse und die Fragen seien durch die Verwaltung beantwortet.

Ratscherr Gronauer - CDU - meldet sich wegen einer Gegenrede zu dem Geschäftsordnungsantrag zu Wort. Er vertritt die Auffassung, dass die gestellten Fragen nicht konkret beantwortet worden seien und man deshalb nicht über die Vorlage entscheiden könne. Solange die Antworten nicht vorlägen, stimme man auch dem Geschäftsordnungsantrag nicht zu.

Der Bürgermeister erklärt, dass die verlangten Antworten unter dem Tagesordnungspunkt „Mündliche Mitteilungen“ gegeben würden. An dieser Stelle sei das wegen der Einhaltung der Geschäftsordnung nicht möglich.

#### **Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:**

26 Ja-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich, 1 Linke, 1 BM  
13 Nein-Stimmen: 11 CDU, 2 FDP

#### **mehrheitlich zugestimmt**

Da dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt wurde, stellt der Bürgermeister anschließend den Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

#### **Abstimmung:**

28 Ja-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 Linke,  
1 BM  
11 Nein-Stimmen: CDU

#### **mehrheitlich zugestimmt**

#### **Beschluss**

1. Der Rat zieht die Entscheidung gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 der Hauptsatzung an sich.
2. Der Schulträger lädt über die Grundschulleitungen zu jeweils einer Informationsveranstaltung für die Eltern der Dritt- und Viertklässler in den Stadtteilen Monheim und Baumberg ein.

**15**            **Änderung der Satzung der Musikschule**  
**Vorlage: VIII/0605**

**Beschluss**

Die Satzung zur Änderung der „Satzung der Musikschule der Stadt Monheim am Rhein vom 14.05.2009“ wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**16**            **Personelle Besetzung des Betriebsausschusses**  
**Vorlage: VIII/0609**

**Beschluss**

Der Rat nimmt den einheitlichen Wahlvorschlag zur Besetzung des Betriebsausschusses und der Stellvertretungen gemäß der beigefügten Anlage an. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**17**            **Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien**  
**Vorlage: VIII/0630**

**Beschluss**

Die Nachbesetzung des Ausschusses für Öffentliches und Soziales und des Seniorenbeirates wird wie in der als Anlage beigefügten Form beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**18**            **Trägerschaft für das Projekt "Ulla-Hahn-Haus"**  
**Vorlage: VIII/0635**

Der Bürgermeister erläutert eingehend den Sachverhalt der Vorlage und bittet um Entschuldigung für das kurzfristige Vorlegen.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage begrüße. Er hat noch einige Nachfragen, die durch den Bürgermeister abschließend beantwortet werden. Bezüglich der Mitgliedschaft von Vertretern des Friedrich-Bödecker-Kreises im Kuratorium führt er aus, dass die Besetzung des Kuratoriums durch den heutigen Beschluss nicht betroffen sei und man u.a. wegen der Sachkunde der Vertreter keine Änderungen vornehmen solle.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion begrüßt die schnelle Entscheidung und bittet um Auskunft zur zukünftigen Finanzierung. Dazu führt der Bürgermeister aus, dass die Finanzierung jeweils aus getrennten Haushalten erfolge. Er sagt auf Bitte der Sprecherin der SPD-Fraktion eine aufgeschlüsselte Darstellung von Geldmitteln, Zeit- und Personalaufwand zu.

Auch die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen teilt mit, dass ihre Fraktion grundsätzlich das Konzept mittrage und man auch der vorgeschlagenen Übernahme durch die Bibliothek zustimmen werde. Allerdings äußert sie ihre Bedenken hinsichtlich des baulichen Konzeptes und regt an, das räumliche Konzept zu überdenken. Dem hält der Bürgermeister entgegen, dass der Förderantrag entsprechend des vorliegenden Beschlusses gestellt und das Konzept durch den Trägerwechsel nicht in Frage gestellt werden solle.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion dringt darauf eine rechtliche Prüfung vornehmen zu lassen und darüber zu berichten, ob durch die Übernahme der Trägerschaft des Projektes durch die Gesellschaft „Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH“ die Finanzierung durch die Sparkassenstiftung wegen der zugrunde legenden Förderbedingungen nicht gefährdet werde. Der Bürgermeister führt dazu aus, dass sich an der Rechtsform der Bibliothek durch die Übernahme der Projektes nichts ändere und dass man gerade wegen der bestehenden Rechtsform die Bibliothek gGmbH gewählt habe, um weiterhin Mittel aus der Sparkassenstiftung zu erhalten.

Da der Vorredner die Aussagen nicht akzeptieren will, sagt der Bürgermeister eine Überprüfung zu.

### **Beschluss**

Der städtische Vertreter in der Gesellschafterversammlung der „Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH“ wird beauftragt, der Übertragung der Trägerschaft des Projektes „Ulla-Hahn-Sprachförderung“ auf die Gesellschaft ab dem 01.08.2011 zuzustimmen.

**einstimmig zugestimmt**

## **19 Mündliche Mitteilungen**

### **19.1 Mitteilung der Verwaltung zu Fragen der CDU-Fraktion**

Zu den Fragen der Ratsmitglieder der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Diskussion über den Tagesordnungspunkt 14 „Anlassbezogene Schulentwicklungsplanung - Elterninformations-abende“ führt der Bürgermeister aus, dass derzeit für die Statistik noch recherchiert werde, mit welcher Grundschulempfehlung die Schülerinnen und Schüler in die 5. Jahrgänge an der Gesamtschule aufgenommen wurden. Die Mitteilung dazu werde in der kommenden Woche schriftlich erfolgen.



Bezüglich der Nachfrage zu dem vorgesehenen Zeitplan und dass durch den Schulkonsens der ursprüngliche Zeitdruck entfallen könne, teilt der Bürgermeister mit, dass der Zeitplan mit den Schulleitungen, die in der Projektgruppe, die das pädagogische Konzept erstellt habe, abgestimmt worden sei.. Der frühe Zeitpunkt der Elternbefragung sei vorgesehen, weil dem Stadtrat nach der Elternbefragung das pädagogische Konzept zur Beratung und Abstimmung vorgelegt werden solle. Weiterhin weist die Verwaltung auf die aufgrund einer Verordnung vorgegebenen Anmeldetermine für die weiterführenden Schulen im Februar nächsten Jahres hin. Deshalb sei eine frühzeitige Information der Eltern, welche Schulformen und Perspektiven in Monheim am Rhein bestehen werden, unumgänglich. Durch die Auflösung der Hauptschule sei die Verwaltung gleichwohl verpflichtet, eine anlassbezogene Schulentwicklungsplanung vorzulegen. Um schulorganisatorische Maßnahmen zu planen, sei die frühzeitige Erfragung des Elternwillens innerhalb des vorgeschlagenen Zeitrahmens erforderlich.

## **19.2 Mitteilung zur Verschiebung der Sitzung des Integrationsausschusses**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die 7. Sitzung des Integrationsausschusses in Absprache mit dem Vorsitzenden des Integrationsausschusses vom 13.09.2011 auf Dienstag, den 20.09.2011, um 18:00 Uhr, im Ratssaal, verlegt wird.

## **20 Mündliche Anfragen**

### **20.1 Anfrage des RH Helpenstell - CDU - zum Zeitplan der Elternbefragung**

Herr Helpenstell bringt mit Hinweis auf die Ausführungen der Verwaltung zu TOP 19.1 sein Bedauern über den strikten Zeitplan zum Ausdruck und erklärt, dass im Vorfeld der Elternbefragungen transparente Informationen wichtig seien. Er bedauert, dass der Zeitplan den Ratsmitgliedern nicht frühzeitig vorgestellt wurde, um abzuwägen, ob dem gesteigerten Informationsbedürfnis der Eltern Rechnung zu tragen können.

Der Bürgermeister führt nochmals aus, dass auch oder gerade das Verfahren nach der Elternbefragung einen ebenso hohen Stellenwert habe. Viele organisatorische Schritte seien vor den neuen Anmeldeterminen zu beachten und zu erledigen. So seien pädagogische Konzepte auszuarbeiten, Lehrerinnen und Lehrer zu beteiligen und viele Aufgaben mehr.

Herr Helpenstell fragt nach, ob der im Bildungs- und Kulturausschuss abgestimmte Fragebogen für die Elternbefragung nicht überarbeitet und dem Fachausschuss zur Beratung vorgelegt werden müsse, weil sich durch den Schulpolitischen Konsens der Landesregierung die Grundlagen geändert hätten.

Dies wird durch den Bürgermeister verneint. Der im BKS gefasste Beschlussvorschlag laute:

„, .... auf Grundlage des Fragebogens die Elternbefragung durchzuführen....“. Eine Prüfung der Verwaltung habe ergeben, dass in dem Fragebogen der Begriff Gemeinschaftsschule durch den Begriff Sekundarschule ersetzt werden könne.

**20.2      Anfrage des Ratsherren Bosbach - CDU - zu Pflegearbeiten am Straßenbegleitgrün**

Herr Bosbach erklärt, dass ihm auf der Rheinparkallee ein Heinsberger Gartenbauunternehmen aufgefallen sei, das mit Pflegearbeiten am Straßenbegleitgrün beschäftigt gewesen sei. Er fragt nach, ob die Pflegearbeiten des Straßenbegleitgrüns ausgeschrieben oder freihändig an die Städtischen Betriebe Monheim vergeben würden.

Der Bürgermeister sagt die schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

**20.3      Anfrage des Ratsherren Schumacher - SPD - zum Linienplan der Linie 233 am Grevelhaus**

Herr Schumacher teilt mit, dass am Grevel-Haus immer noch der überholte Linienplan der Linie 233 ausgehängt werde.

Der Bürgermeister sichert zu, einen entsprechenden Hinweis an die Bahnen der Stadt Monheim weiterzuleiten.

**20.4      Anfrage des Ratsherren Schumacher - SPD - zu dem Wasserschaden im Gebäude der Hochschule für Unternehmensführung (HFU)**

Herr Schumacher bezieht sich auf einen Artikel der Westdeutschen Zeitung (WZ), wonach im Gebäude der HFU ein Wasserschaden in Höhe von ca. 200.000 EUR entstanden sein soll. Er fragt nach den Hintergründen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die schriftliche Beantwortung durch die Geschäftsführung der SEG als Vermieterin des Gebäudes erfolgen werde.

**20.5      Anfrage des Ratsherren Große-Allermann - PETO - zu den Pflastermarkierungen in der Altstadt im Zusammenhang mit dem Gänselieselmarkt**

Herr Große-Allermann weist auf die im Zuge des Gänselieselmarktes vorgenommenen Farbmarkierungen auf dem Pflaster in der Altstadt hin und fragt an, ob im kommenden Jahr für die Markierungen andere Farbe verwendet werden könne, damit diese nicht noch nach mehreren Monaten sichtbar seien.

Der Bürgermeister teilt mit, dass auch bei dem jetzt verwendeten Farbstoff eine schnelle Ablösung zugesichert worden sei. Für das kommende Jahr werde geprüft, ob Materialien zur Verfügung stehen, die sich noch leichter ablösen.

**20.6      Anfrage der Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - zu dem den Gemeinden zugewiesenen Kostenanteil der Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II**

Frau Prondzinsky-Kohlmetz führt aus, dass im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes den Kommunen ein Anteil von 35,8% der Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II durch das Land NRW zur Verfügung gestellt werden solle. Sie fragt an, um welchen Betrag es sich dabei für die Stadt Monheim handle und wie frei man in der Mittelverwendung sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass Empfänger dieser Mittel der Kreis Mettmann als Träger der Sozialhilfe sei. Dort sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die gemeinsam mit den Vertretern der kreisangehörigen Städte die Mittelverwendung erarbeiten soll. Sobald Ergebnisse bekannt würden, würde darüber im zuständigen Fachausschuss berichtet.

#### **20.7      Anfrage der Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - zu Einrichtung und Genehmigung von Bushaltestellen**

Frau Prondzinsky-Kohlmetz trägt vor, dass ihrer Fraktion Informationen vorlägen, wonach es bei den Bahnen der Stadt Monheim am Rhein wegen der Einrichtung von Haltestellen zu Differenzen mit der Bezirksregierung gekommen sei. Sie fragt an, ob es zutreffe, dass die Haltestellen Deichstraße auf der Griesstraße und Daimlerstraße auf der Schwalbenstraße nicht genehmigt und die Verlängerung der Linien 791 und 789 bis zum neuen Kreisverkehr Oranienburger Straße nicht oder zu spät zur Genehmigung angemeldet worden seien. Sie weist diesbezüglich auf Fehlinformationen an die Bezirksregierung hinsichtlich des Inbetriebnahmezeitpunktes einer Haltestelle hin und bittet um Überprüfung und Information, ggf. auch im Aufsichtsrat.

Der Bürgermeister sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

#### **20.8      Anfrage des Ratsherren Gunia - SPD - zur Erweiterung des Radweges Deichstraße/Klappertorstraße**

Herr Gunia fragt nach, wann mit dem Ausbau des Radweges zwischen Deich- und Klappertorstraße und der geplanten Rampe zum Ausleger zu rechnen sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Ausschreibung in zwei Losen stattgefunden habe. Der Auftrag für den Radwegebau könne zeitnah erfolgen. Für das Los „behindertengerechte Rampe“ sei eine erneute Ausschreibung erforderlich, da lediglich ein Angebot von einer Firma abgegeben worden sei, die für die Ausführung dieser Arbeiten nicht geeignet gewesen sei. Da die Stahlkonstruktion nur in der hochwasserfreien Zeit montiert werden könne, rechne die Verwaltung mit der kompletten Fertigstellung im Frühjahr nächsten Jahres.

#### **20.9      Anfrage der Ratsfrau Schlößer - SPD - zu der Verringerung der Anzahl Selbständiger in Monheim am Rhein**

Frau Schlößer weist auf einen Zeitungsartikel vom 13.07.2011 hin, wonach lt. Angaben der Creditreform die Zahl der Selbständigen in Monheim am Rhein rück-

läufig sei. 430 Neu-Anmeldungen stünden 490 Abmeldungen entgegen. Sie bittet um schriftliche Beantwortung, um welche Art von Betrieben es sich bei den abgemeldeten handele.

Der Bürgermeister sagt zu, eine Auflistung der An- und Abmeldungen der Gewerbebetriebe aus dem Jahr 2010 aus der Gewerbeabteilung aufbereiten zu lassen und der Fragestellerin zur Verfügung zu stellen. Ob diese Zahlen sich jedoch mit denen der Creditreform deckten, könne nicht beurteilt werden.

**20.10      Anfrage des Ratsherren Goller - SPD - zu dem Grundstück "Rheinanleger" im Bebauungsplangebiet 105 M**

Herr Goller weist auf den Bebauungsplan 105M „Rheinanleger“ hin und fragt nach, ob die Rückgabe des Grundstückes nach wie vor opportun sei, wenn innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes kein Baufortschritt zu erkennen sei. In der aktuellen Werbung der Wirtschaftsförderung zur Vermarktung von Grundstücken im Rheinpark werde die Fläche des Rheinanlegers zum Verkauf angeboten. Er fragt an, ob das zutrefe und wie der Sachstand hinsichtlich der Baumaßnahme Rheinanleger sei.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es sich um ein altes Expose handele, welches aus Kostengründen noch weiter verwendet werde. Die angesprochene Fläche würde nicht vermarktet. Die Fläche des Rheinanlegers sei niemals Teil der Grundstücksvorschläge für Interessenten.

Bezüglich des Planungsstandes des Rheinanlegers teilt die Verwaltung mit, dass derzeit noch das Antragsverfahren hinsichtlich der wasserrechtlichen Erlaubnis für das Projekt bei der Bezirksregierung anhängig sei.

**20.11      Anfrage des Ratsherren Göbel - CDU - zu der Verkehrssituation im Einmündungsbereich der Stichstraße zum Tennisverein und Schützenhaus auf die Straße Kielsgraben**

Herr Göbel weist auf die missliche Verkehrssituation im Einmündungsbereich der Stichstraße zum Tennisverein und Schützenhaus auf die Straße Kielsgraben hin. Durch die dort abgestellten Sattelschlepperaufleger sei der fließende Verkehr nicht einsehbar. Er fragt an, ob nicht ein Halteverbot vor der Einmündung eingereicht werden könne.

Die Verwaltung teilt mit, dass mit dem Landesbetrieb als Straßenbaulasträger Gespräche stattgefunden hätten und dass geplant sei, 20 Meter vor und hinter der Einmündung Halteverbote einzurichten. Die Einleitung von baulichen Maßnahmen durch den Landesbetrieb nähme erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch.

**20.12      Anfrage des Ratsherren Gronauer - CDU - zu dem Grundstück "Rheinanleger" im Bebauungsplangebiet 105 M**

Herr Gronauer nimmt Bezug auf die Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - bezüglich des Grundstücks für den Rheinanleger. Er fragt nach, ob die Rückübertragung des Grundstücks zwei Jahren nach Baureife, d.h. nach Vorlage sämtlicher Genehmigungen, nur von der Stadt oder ggf. auch durch den Käufer verlangt werden könne.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Weiterverkauf des Grundstücks durch die NRW Urban an einen weiteren, den Ratsmitgliedern bekannten Investor, vorgenommen wurde.

**20.13      Anfrage des Ratsherren Poell - B90/Die Grünen - zu der nicht fertiggestellten Halle auf dem Gelände des RSV Reitsportvereins**

Herr Poell weist auf den stillgelegten Aufbau der Stahlhalle auf dem Gelände des Reitsportvereins hin und fragt nach, ob und wann mit dem Abbau zu rechnen sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Baustelle vor einiger Zeit durch die Bauaufsicht stillgelegt wurde, weil für die Errichtung der Halle keine Baugenehmigung beantragt worden sei. Von einer Abrissverfügung habe man bis jetzt abgesehen, um dem Verein die Möglichkeit zum Einreichen der notwendigen Unterlagen einzuräumen. Man gehe derzeit davon aus, dass die Statik für die Halle durch den Verein nachgewiesen werden könne und ein Bauantrag für einen anderen Standort auf dem Gelände des Reitsportvereins eingereicht werde.

**20.14      Anfrage des Ratsherren Nieswand - SPD - zu der Verkehrssituation auf der Kurt-Schumacher-Straße im Einmündungsbereich der Zufahrt zum Mona Mare**

Herr Nieswand nimmt Bezug auf einen Fahrzeuganhänger mit einem Werbeplakat einer Tauchschule, der direkt vor der Ausfahrt des Mona Mare abgestellt worden sei. Durch diesen Anhänger werde die Blickrichtung nach links vom Parkplatz des Mona stark eingeschränkt. Er bittet um Prüfung, ob der Werbeanhänger evtl. auf die gegenüberliegende Seite der Straße oder weiter von der Einmündung entfernt abgestellt werden könne.

Der Bürgermeister sagt eine entsprechende Weitergabe dieser Anregung an die Geschäftsführung des Mona Mare zu.

Der Bürgermeister schließt um 21:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin

Anlagen:

IHK - Kundenbefragung Monheim

IHK - Geschäftsbefragung Monheim